



**Niederschrift  
über die 1. Sitzung der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“  
am 27.03.1998 um 15.00 Uhr in Saal 220 der Stadtverwaltung  
Koblenz**

Am 27.03.1998 wurde auf Einladung des Herrn Oberbürgermeisters ein Gespräch zur Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ geführt. Die Teilnehmer ergeben sich aus der in Anlage beigefügten Liste.

Das Gespräch wurde durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann mit Ausführungen zur Sicherheit und zum Sicherheitsempfinden der Bürger eröffnet. Eine um diese Sicherheit bemühte Prävention sei nicht nur Aufgabe der Polizei, denn auch die Kommune stehe hier in einer Verantwortung. Kompetenzen sollen nicht verwischt werden, sondern jeder, Polizei, Kommune, sowie andere verantwortliche Institutionen, solle für seinen Bereich zu einem gemeinsamen Handeln im Dienste der Sicherheit beitragen. Abschließend stellte Der Oberbürgermeister den Ablauf der Zusammenkunft vor:

1. Ansprache des Polizeipräsidenten, Herrn Weidmann
2. Kriminallagebericht durch Herrn Eder, Leiter der Kriminalinspektion
3. Vortrag durch Herrn Liesenfeld, Leiter der Leitstelle für Kriminalprävention im Ministerium des Innern
4. Tätigkeitsbericht des Arbeitskreises Sucht
5. Diskussion im Plenum
6. Festlegen von konkret zu bearbeitenden Themenbereichen.

In seiner Ansprache begrüßte Herr Polizeipräsident Weidmann die Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ verbunden mit seiner Hoffnung, daß hieraus eine Partnerschaft der Sicherheit werden möge. Die Bürger hätten eine immer größere Erwartung in die ihnen gebotene Sicherheit. Mit ansteigender Kriminalität steige durch das Sicherheitsbedürfnis der Bürger diese Erwartung. Da sich der Begriff „Innere Sicherheit“ in den Gesetzen nicht finde, bestehe keine Zuständigkeit einzelner Stellen, vielmehr seien alle gesellschaftlichen Gruppen verantwortlich ihren Anteil zur Sicherheit beizusteuern. Die Kriminalität sei, so Herr Weidmann, nicht ausrottbar, aber sie könne vermindert werden. Hierzu sei es erforderlich, und damit schloß der Polizeipräsident seine Rede, daß möglichst viele Bürger vor der Wahl zwischen Recht und Unrecht stehend, sich für das Recht entscheiden.

Im Anschluß trug Herr Eder, Leiter der Kriminalinspektion, den Kriminallagebericht für die Stadt Koblenz, die Jahre 1997 und 1996 gegenüberstellend vor. Die aus der Kriminalstatistik entnommenen Zahlen zeigen für 1997, bei 15.126 erfaßten Fällen,

eine Zunahme der Straftaten von 30,17 % im Vergleich zum Vorjahr. Landesweit sei lediglich ein Anstieg um 2,9 % zu verzeichnen gewesen. Die Häufigkeitsziffer, welche die Anzahl der Straftaten auf 100.000 Einwohner darstellt, belege, daß Koblenz in der Kriminalitätsbelastung einen Spitzenplatz übernommen habe. Die Häufigkeitsziffer für Koblenz betrage 13.935, landesweit liege sie nur bei 6.662, in Mainz bei 10.890, in Ludwigshafen bei 8.344 und in Trier bei 13.637. Dieser Umstand zwingt zu einem Handeln der Verantwortlichen und der Bürger. In seinen weiteren Ausführungen teilte Herr Eder mit, die Zahl der tatverdächtigen Kinder sei um 42,2% gestiegen, die der Jugendlichen um 23,8%. Die Quote von nichtdeutschen Tatverdächtigen liege bei 25% gegenüber der Gesamtzahl der Tatverdächtigen (5.467). Herr Eder führte zur Rauschgiftkriminalität aus, im Jahre 1997 seien die Preise für Heroin in Koblenz bundesweit einmalig tief gewesen. Hierdurch sei ein überregionaler Zulauf von außerhalb ausgelöst worden und die Beschaffungskriminalität gestiegen. Herr Eder sieht alle dazu aufgerufen, für die Sicherheitslage der Stadt einzutreten, denn die Fakten würden zu einem gemeinsamen Handeln zwingen.

Zum Kriminallagebericht fügte Herr Polizeipräsident Weidmann hinzu, man müsse mittlerweile davon ausgehen, daß nur 38% der Kinder und Jugendlichen in kompletten Familien leben würden. Für Herrn Hörter, CDU-Ratsfraktion, führt die zugroße zeitliche Diskrepanz zwischen Tat und Strafe zu einem abnehmenden Unrechtsbewußtsein. Auf Frage von Frau Gök, Stadträtin, wurde vom Polizeipräsidenten dargelegt, eine rechtsradikale Szene existiere in Koblenz nur am Rande.

Herr Liesenfeld der Leiter der Leitstelle Kriminalprävention im Ministerium des Innern, teilte in seinem Vortrag mit, 21 rheinland-pfälzische Gebietskörperschaften hätten schon einen Kriminalpräventiven Rat als Gremium zur Verbesserung der Sicherheit gegründet. Eine zweite Gruppe, wie die Stadt Koblenz, sei zunächst an weiteren Informationen interessiert gewesen, während eine dritte Gruppe die Prävention als Sache der Polizei ansehe. Auf Landesebene stehe ein Landespräventionsrat vor seiner Gründung, des weiteren würden 50 weitere Gebietskörperschaften die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rates beabsichtigen (neben den 21 bestehenden). Hier sei geplant eine landesweite Vernetzung vorzunehmen, welche einen Materialaustausch, sowie kleinere Zuschüsse von seiten des Landes gewährleiste. Aufgabenfelder der Kriminalpräventiven Räte seien die Verhütung von Straftaten, die Verbesserung des Sicherheitsgefühls, die Aufklärung der Bevölkerung, die Koordination von Maßnahmen verschiedener Stellen und die Opferhilfe. In einem solchen Rat sollen alle Stellen ihre Kräfte bündeln. Möglichkeiten zur Verhütung von Straftaten würden vor allem in der Reduzierung der Ursachen und Gründe für Kriminalität, der Reduzierung der Möglichkeiten Straftaten zu begehen (Sekundärprävention) und der Ermutigung der Bürger zur informellen sozialen Kontrolle (Hinschaugesellschaft) gesehen. Herr Liesenfeld wies auf die Möglichkeit hin, die Medien sofort an den Arbeiten eines Präventionsgremiums teilhaben zu lassen, um große Teile der Bürgerschaft zu erreichen. Nach seiner Darstellung habe das Land Schleswig-Holstein auf Bundesebene in Sachen Prävention Vorzeigecharakter. Diese Position nehme für Rheinland-Pfalz die Stadt Ludwigshafen ein, wo ein Kriminalpräventiver Rat schon seit 1994 existiere. Ein solcher Rat sei zudem nicht mit großen Kosten verbunden, da, wie Beispiele in Trier und Ludwigshafen zeigen würden, nahezu alle Maßnahmen gesponsort würden. Auf alle Fälle müsse jedoch darauf geachtet werden, keinen „Debattierclub“ ins Leben zu

rufen, weshalb Maßnahmen in kleinen Arbeitskreisen geplant und bearbeitet werden sollten. Oftmals seien auch keine großen Aktionen von Nöten, denn gerade die kleinen Ideen (z.B. Sichtschneisen in Grünanlagen um Kinderspielplätze) seien oft erfolgreich und günstig. In der Stadt Trier seien Maßnahmen zur Erhaltung der Sicherheit so gut aufgenommen worden, daß vier zusätzliche Vollzugskräfte eingestellt werden sollen. In Mainz wären die Vollzugsbeamten durch Uniformen nun auch für den Bürger zu erkennen. Mit dem in Koblenz bestehenden Sachverstand, den Herr Liesenfeld u.a. in der Gesprächsrunde versammelt sah, sei sicherlich auch hier einiges für die Sicherheit in der Stadt zu bewegen.

Frau Klein und Frau Lang vom Arbeitskreis Sucht stellten im Anschluß Ihre Arbeit vor. Der Arbeitskreis sei 1982 auf Anregung des Jugendhilfeausschusses gegründet worden. Er setze sich aus Vertretern der Stadtverwaltung, Polizei, freien Trägern, etc. zusammen. Die Tätigkeiten des Arbeitskreises basieren laut Frau Lang auf einem selbstbestimmten Arbeiten ohne Aufträge von außen, auf Partnerschaftlichkeit (keine Hierarchie), auf dem kollegialen Austausch und der Beratung. Der AK Sucht stelle einen offenen und erweiterungsfähigen Kreis dar. Adressaten der präventiven Betätigungen seien vor allem Kinder und Jugendliche, welche durch handlungsorientierte Projekte in ihrem Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen, sowie in ihrer Kontakt- und Konfliktfähigkeit gestärkt werden sollen. Es handele sich hier um einen ganzheitlichen Präventionsansatz der prozeßorientiert sei. Der AK Sucht wende sich aber auch an Elternsprecher, Lehrer, Erzieher und Ehrenamtliche, die in der Jugendarbeit tätig seien. Frau Klein präsentierte als bislang durchgeführte Projekte u.a. die Aktion „Ohne Logo“ für den Stadtteil Karthause (Workshops, Präsentationen) im Jahre 1991, die Durchführung einer Suchtwoche 1994 mit Multiplikatorinnen-Seminaren und Diskussionsforum, sowie die konzeptionelle Beratung und (Mit-)Veranstaltung eines Floßbauprojektes 1997. Der AK Sucht sei offen für die Mitarbeit an der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ und biete seine Mitarbeit in einer Untergruppe eines möglichen Kriminalpräventiven Rates an. Die bisherige Arbeitsweise ohne Hierarchie würde man aber nur ungern aufgeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann dankte allen Vortragenden und sah in allen Ausführungen vier Aspekte zur Geltung kommen. Diese seien die Abschreckung durch Strafen, die Ursachenbekämpfung, die Verringerung der Möglichkeiten Straftaten zu begehen und das Herstellen sozialer Kontakte im Sinne einer Hinguckgesellschaft. Diese vier Bereiche solle man als Bündelung zusammenfassen. Hierauf basierend stellte Herr Dr. Schulte-Wissermann an das Plenum die Frage, wie man sich die weitere Vorgehensweise vorstelle.

Frau Viehmann, Schulsozialarbeit Hans-Zulliger-Schule, sah als einen Ansatz, Jugendliche ins Gespräch zu bringen, um der Jugendkriminalität zu begegnen. Herr Doll, Landgericht, indessen sah die Arbeit eines Kriminalpräventiven Rates als ungenügend an, um der Kriminalität zu begegnen. Hier sei einer Bekämpfung der Ursachen erforderlich, welche ein solcher Rat aber nicht leisten könne, da Straftäter mit dessen Hilfsmitteln nichts anfangen könnten. Herr Lehmkühler, SPD-Ratsfraktion, sieht es als notwendig an, zunächst einen Minimalkonsens über die Dinge zu finden, die zu tolerieren seien und solche, die man nicht zu tolerieren bereit sei. Oft seien es die Dinge im Kleinen, welche das Sicherheitsgefühl störten, z.B. das Taubenfüttern oder Verschmutzung der Stadt. Daher sieht er es auch als wichtig an, die öffentlichen Verkehrsträger zu einer möglichen nächsten Gesprächsrunde einzuladen.

Da immer wieder das Thema der Nachweisbarkeit von Erfolgen des AK Sucht in die Diskussion einfloß, äußerte Herr Böse, Leiter der Polizeidirektion, es dürfe hier nicht die Gefahr des Zerredens entstehen, zumal Schuldzuweisungen in verschiedene Richtungen die Sache, um die es gehe nicht weiterbringe. Sein Vorschlag lautete, man solle nicht alles auf einmal anfassen, sondern gezielt ein Projekt nach dem anderen abarbeiten. Hierzu gab Herr Liesenfeld aber zu bedenken, man solle sich schon 2 – 3 Projekte vornehmen, welche parallel bearbeitet werden, da man ansonsten nicht vorwärts komme.

Herr Oezen vom Ausländerbeirat befürwortete als Vertreter der ausländischen Bevölkerung die Initiative für Sicherheit. Die ausländischen Mitbürger hätten ein nicht minderes Sicherheitsbestreben als andere Bürger. Er sehe es als eine Aufgabe, der Auffassung entgegenzuwirken, Ausländer seien „Hauptstraftäter“. Die größte Straftatenzahl liege bei Ausländer innerhalb der ersten fünf Aufenthaltsjahre, danach sei die Täterquote gering. Herr Oezen äußerte aber auch Kritik an der Vorgehensweise der Polizei bei den in letzter Zeit durchgeführten Aktionen. Zum einen seien ausländische Institutionen nicht beteiligt worden, zum anderen sei die Polizei teilweise gerade gegenüber Ausländern sehr unsensibel vorgegangen. Ein Täterprofil zu erstellen sei zwar sinnvoll, müsse aber mit Sensibilität aufgefangen werden. Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann entgegnete, daß hier sicherlich kein Vorurteil geschürt werden solle, es aber Fakt sei, daß gerade ausländische Dealerbanden Koblenz mit Drogen überschüttet hätten. Ausländerfeindlichkeit sei zu verurteilen und man könne glücklich sein, daß eine rechtsradikale Szene in Koblenz beinahe nicht vertreten sei, doch dürfe man deswegen Kriminalität nicht verschleiern. Verbrecher, egal mit welchem Paß, seien ins Visier zu nehmen.

Herr Redwanz, Bezirksregierung, sah mehrere Ansätze für die kommunale Prävention, welche einem Spiel mit vielen Körben ähneln solle. Man müsse daher die Ansätze vernetzen um erfolgreich zu sein. Herr Polizeipräsident Weidmann sah viele Felder als nicht präventabel an, aber es gebe auch genug Felder die bearbeitet werden könnten. Für ihn ist der Bereich der Angst und Angsträume im Zwischenmenschlichen ein wichtiger Ansatz. Ebenso verhalte es sich mit dem Beschleunigten Verfahren und dem Täter-Opfer-Ausgleich, welche nicht minder wichtig seien. Die Beschleunigten Verfahren sieht er aber auf einem guten Weg. Die Erfolge der Polizei in der Vergangenheit hätten gezeigt, was eine Kräftebündelung bewirken könne, eine solche sei aber von der Polizei dauerhaft nicht zu erbringen, weshalb die Mithilfe aller unerläßlich sei.

Herr Pawendenat, Bundesgrenzschutzamt Saarbrücken, stimmte dem zu, denn nur wenn alle an einem Strick ziehen würden, könne erfolgreich gearbeitet werden. Als Hauptproblem machte er das Mißtrauen aus, welches zwischen einigen Institutionen herrsche, wobei dieses oft nur mit mangelndem Wissen über die Tätigkeitsfelder des anderen zu tun habe. Herr Doll teilte mit, den Bürger interessiere, ob er sicher sei. Die Kommune sei damit überfordert, das Rezept laute verstärkte Präsenz der Polizei oder anderer uniformierter Vollzugskräfte. Dies sei Prävention, wodurch zudem die Einstellung des Bürgers zur Polizei positiv berührt werde. Dies scheitere aber letztlich am vorhandenen Personal. Herr Böse sah den Gedanken der Präsenz für die Polizei als sehr wichtig an, doch sei ein Arbeiten im Verbund Stadtverwaltung und Polizei anzustreben. Die Justiz müsse helfen, schnellere Verfahren zu schaffen, um das Unrechtsbewußtsein zu fördern. Herr Schroeder war der Ansicht, Zahlen/Fakten müßten den Maßnahmen vorausgehen. Er sprach sich daher für die Bildung einer

Arbeitsgruppe aus, die sich mit Analysen beschäftigen solle. Frau Dr. Bátori, Beigeordnete, setzte sich dafür ein, Prioritäten festzulegen, welche dann in Arbeitskreisen konkret umgesetzt werden sollten.

Herr Dr. Schulte-Wissermann faßte das Gesagte zusammen und sprach sich dafür aus, nun Projekte zu bestimmen, welche von der Verwaltung ausgearbeitet und zum Teil in von der Verwaltung zu bildenden Arbeitskreisen behandelt werden.

Herr Scherer, Ratsfraktion Freie Bürgergruppe, erklärte, eine erhöhte Polizeipräsenz sei wünschenswert, und insoweit sollte der Frage nach dem „wie“ nachgegangen werden. Der Oberbürgermeister schlug hierzu eine gemeinsame Streife von Polizei und Ordnungsamt als erstes Projekt vor, was die Zustimmung der Gesprächsrunde fand.

Herr Dr. Schulte-Wissermann stellte als mögliches zweites Projekt den Bereich „Angsträume“ (Unterführungen, Rheinanlagen, etc.) vor. Auch dieses Thema wurde angenommen.

Als drittes Projekt schlug der Oberbürgermeister das Beschleunigte Verfahren vor. Herr Bewernick, Staatsanwaltschaft beim Landgericht, sah dieses zunächst als reines Justizverfahren, welches sich nicht für einen Arbeitskreis eigne. Man einigte sich aber darauf, daß durch Beteiligung von Jugendamt und mögliche Beteiligung des Einzelhandels das Beschleunigte Verfahren durchaus ein Thema für einen Arbeitskreis darstelle. Herr Schroeder ergänzte, daß das Beschleunigte Verfahren für Jugendliche verboten sei, das Verfahren könne aber beschleunigt werden. Das Projekt wurde letztlich angenommen.

Für ein viertes Projekt sah Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann den Bereich „saubere Stadt/ öffentliche Ordnung“ als geeignet an. Hierunter falle auch das Thema Gefahrenabwehrverordnung. Durch das Plenum erfolgte Zustimmung.

Herr Redwanz schlug noch das Thema „Gewalt unter Kindern/ an Schulen“ vor. Da man aber schon vier Projekte ausgewählt hatte, wurde das v.g. Thema zunächst nicht als Projekt angenommen. Es steht aber im nächsten Rang und soll später als Projekt umgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bilanzierte, man habe nun vier Projekte, die es zu bearbeiten gelte. Voraussichtlich im Sommer diesen Jahres werde man sich dann erneut in großer Runde treffen und vielleicht schon erste Ergebnisse präsentieren können. Er stellte abschließend fest, ein Konsens in Richtung Prävention zu gehen sei zu spüren und dankte allen für ihr Erscheinen.

Das erste Gespräch zur Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ wurde um 18.25 Uhr geschlossen.

Protokollführer:

gez. Breitbarth

Vorsitzender:

gez. Dr. E. Schulte-Wissermann

Anlagen zum Protokoll: Teilnehmerliste  
Schreiben des BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom  
27.03.1998

Herausgegeben von der

Geschäftsstelle Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“  
Herrn Breitbarth  
Stadtverwaltung Koblenz  
Ordnungsamt  
Ludwig-Erhard-Straße 2  
56073 Koblenz